



David Scheller

DEMOKRATISIERUNG DER POSTDEMOKRATIE

Städtische soziale Bewegungen
in Berlin und New York City

[transcript] UrbanStudies

Aus:

David Scheller

Demokratisierung der Postdemokratie

Städtische soziale Bewegungen in Berlin und New York City

Dezember 2019, 392 S., kart., 13 SW-Abb., 10 Farbabb.

39,99 € (DE), 978-3-8376-4863-8

E-Book:

PDF: 39,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4863-2

Städtische Proteste haben Hochkonjunktur. Mieter_innen, Kunst- und Kulturschaffende, Studierende, Wohnungslose und Geflüchtete melden sich zu Wort und fordern jenseits ihrer partikularen Bedürfnisse direkte Teilhabe an politischen Entscheidungen ein. Am Beispiel der Metropolen Berlin und New York zeigt David Scheller, wie sich städtische soziale Bewegungen zwischen 2011 und 2015 konstituieren und damit dringliche Themenfelder politisieren und verbinden. Ausgehend von einer hegemonie-theoretischen Diskursanalyse der vielstimmigen Protestartikulationen schlägt er eine Interpretation von Möglichkeitsräumen zur Demokratisierung in der Postdemokratie vor, die für diese neue Phase städtischen Protests ausschlaggebend sind.

David Scheller (Dr. phil.) forscht an der Fachhochschule Potsdam und der Universität Göteborg zu kollektiven Wohnformen, Teilhabe, Solidarität und nachhaltiger Stadtentwicklung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen thematisch in der politischen Soziologie – hauptsächlich auf sozialen Bewegungen und der Zukunft der Demokratie – sowie methodisch in partizipativen Forschungsansätzen insbesondere in der Fundierung einer Citizen Social Science.

Weiteren Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4863-8

© 2019 transcript Verlag, Bielefeld

Inhalt

Danksagung | 9

1 Einleitung | 13

2 Städtische soziale Bewegungen zwischen Neoliberalisierung und Postdemokratie | 23

- 2.1 Stadt, Urbanität, soziale Bewegungen | 24
 - 2.1.1 Von Stadt zu Urbanität | 25
 - 2.1.2 Städtische soziale Bewegungen | 28
 - 2.1.3 Phasen städtischen Protests. Politisierungen neoliberaler Widersprüche | 30
- 2.2 Recht auf und durch die Stadt | 32
 - 2.2.1 Städtische Aneignung | 34
 - 2.2.2 Subjekte des Protests. Heterogen und fragmentiert | 36
 - 2.2.3 Kritik am Struktur determinismus und radikale Demokratie | 38
- 2.3 Neoliberale Urbanisierung und ökonomische Krise(n) | 41
 - 2.3.1 Neoliberalismus, Neoliberalisierungen und politische urbane Ökonomie | 42
 - 2.3.2 Protestursache neoliberale Urbanisierung | 46
 - 2.3.3 Gegen-Neoliberalisierung | 55
- 2.4 Die postpolitische Stadt in der Krise repräsentativer Demokratie | 58
 - 2.4.1 Demokratie – Ein umkämpfter Begriff | 58
 - 2.4.2 Protestursache Postdemokratie – Drei aktuelle Krisenbefunde | 61
 - 2.4.3 Repolitisierung der postpolitischen Stadt | 71
- 2.5 Städtische soziale Bewegungen als Demokratisierungsbewegungen | 79

3 Hegemonietheorie. Postfundamentalistische Forschungsperspektive | 85

- 3.1 Laclau und Mouffe. Hegemonietheorie revisited | 86
 - 3.1.1 Konstruktion sozialer Wirklichkeit und die Unabgeschlossenheit von Gesellschaft | 88
 - 3.1.2 Diskurs und artikulatorische Praxis | 95

- 3.1.3 Subjektpositionen und das widerständige Subjekt | 102
- 3.1.4 Antagonismen zwischen Äquivalenz und Differenz | 109
- 3.2 Postfundamentalistische Operationalisierung | 116
 - 3.2.1 Hegemonie und Gegenhegemonie. Analysekatogorien | 116
 - 3.2.2 Drei Strukturen einer hegemonietheoretischen Diskursfunktionsanalyse | 123
 - 3.2.3 Politischer Raum und Räume des Politischen. Möglichkeitsräume | 128

4 Methodisches Vorgehen | 139

- 4.1 Auswahl empirischer Fälle | 140
 - 4.1.1 Zwei nicht vergleichbare Metropolen | 141
 - 4.1.2 Untersuchungszeitraum | 142
 - 4.1.3 Protestfelder | 145
 - 4.1.4 Initiativen, Aktionen, Veranstaltungen | 146
- 4.2 Ethik und Praxis der Forschung | 147
 - 4.2.1 Selbstpositionierung in Berlin und New York | 148
 - 4.2.2 Fremdwahrnehmung | 150
 - 4.2.3 Bewegt Forschen | 152
 - 4.2.4 Solidarische Wissensproduktion | 154
- 4.3 Erhebung und Analyse des empirischen Materials | 157
 - 4.3.1 Erhebungsmethoden | 157
 - 4.3.2 Analyseschritte | 161

5 Städtischer Protest. Diskurse und Spannungsfelder | 165

- 5.1 Nicht nur Mietenproteste – Von der Mietenstopp-Demonstration zum Berliner Ratschlag | 166
 - 5.1.1 Mietenstopp-Demonstration | 167
 - 5.1.2 Mietenpolitisches Dossier | 169
 - 5.1.3 Konferenz ‚Sozialer Wohnungsbau‘ | 175
 - 5.1.4 Wir bleiben alle! | 177
 - 5.1.5 Berliner Ratschlag | 180
- 5.2 Stadtplanung aufhalten und selber machen | 183
 - 5.2.1 Tempelhofer Feld | 184
 - 5.2.2 Dragoner-Areal | 192
- 5.3 Konflikte in der Kreativen Stadt – Proteste von Kunst- und Kulturschaffenden | 198
 - 5.3.1 Living Levels am Spreeufer für alle | 199
 - 5.3.2 Koalition der Freien Szene | 205
 - 5.3.3 Haben und Brauchen | 210
- 5.4 You can't evict a movement – Proteste von Refugees | 216
 - 5.4.1 Der Marsch der Würde | 217
 - 5.4.2 O-Platz ist überall | 218

- 5.4.3 Refugee-Strike-House | 222
- 5.4.4 Verzweigung nach der Einigung | 226
- 5.4.5 Weiter mit politischen Inhalten und Bündnissen | 227
- 5.5 Nach Occupy Wall Street – Horizontale Freiräume, Aktionen und Netzwerke in New York | 231
 - 5.5.1 Occupy Wall Street | 232
 - 5.5.2 Von Räumen zu Netzwerken | 237
 - 5.5.3 Beyond the City | 240
- 5.6 Bedrohlicher Shelter-Industrial Complex – Von Rent Freeze, Homelessness und Community Land Trusts | 249
 - 5.6.1 Stadtweit Zwangsräumungen verhindern | 250
 - 5.6.2 Stärkung von Mieter*innenrechten | 253
 - 5.6.3 Vom Shelter zu Community Land Trusts | 260

6 Stadtpolitische Proteststrukturen | 271

- 6.1 Postautonome Forderungsstrukturen | 272
 - 6.1.1 Forderungsdimensionen | 272
 - 6.1.2 Partikularer Fokus | 273
 - 6.1.3 Thematischer Fokus | 274
 - 6.1.4 Systemischer Fokus | 276
- 6.2 Postidentitäre Subjektivierungsstrukturen | 280
 - 6.2.1 Diverse Betroffenheit | 281
 - 6.2.2 Deindividualisierung von Verantwortung | 282
 - 6.2.3 Defragmentierung von Protestthemen | 283
 - 6.2.4 Vernetzung und Koalitionsbildungen | 285
- 6.3 Postpolitische Kontraritätsstrukturen | 289
 - 6.3.1 Vom Widerspruch zum Antagonismus | 290
 - 6.3.2 Antagonismus. Stadt(entwicklungs)politik | 292
 - 6.3.3 Stadtpolitische Antagonist*innen | 295

7 Konvergenzen und Demokratisierung. Eine neue Phase städtischen Protests | 299

- 7.1 Konvergenzen. Stadtpolitischer Raum und Gegenhegemonie | 300
 - 7.1.1 Diskursive Offenheit und Anschlussfähigkeit | 301
 - 7.1.2 Politischer Horizont. Wechselspiel von Äquivalenz und Differenz | 304
 - 7.1.3 Aneignen. Gegenhegemoniale Praxis | 305
 - 7.1.4 Entwicklung gegenhegemonialer Netzwerkstrukturen | 308
- 7.2 Demokratisierungen. (Stadt-)Politik von Unten | 312
 - 7.2.1 Demokratisierungen auf drei Ebenen | 313
 - 7.2.2 Demokratische Praxis | 315
 - 7.2.3 Demokratisierung des Wissensraumes | 316

- 7.2.4 Soziale Räume der Demokratisierung | 319
- 7.2.5 Demokratisierung der Postdemokratie | 322
- 7.3 Resümee. Demokratisierung-durch-die-Stadt-Bewegungen | 323

8 Schlussbetrachtungen und Ausblick | 327

Abkürzungsverzeichnis | 339

Abbildungsverzeichnis | 341

Bibliographie | 343

Danksagung

Eine Dissertation bedeutet individuelles und zuweilen einsames Arbeiten. Dennoch ist die Forschungsarbeit nicht losgelöst vom wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext zu verwirklichen, sondern verweist auf einen genuin kollektiven Prozess solidarischer Wissensproduktion. So hätte auch die vorliegende Arbeit nicht ohne die tatkräftige ideelle, emotionale und organisatorische Unterstützung vieler Menschen verwirklicht werden können. Daher bin ich all jenen unendlich dankbar, die mir und meiner Arbeit in den vergangenen Jahren interessiert und aufgeschlossenen begegnet sind. Danken möchte ich an dieser Stelle ganz besonders all jenen stadtpolitisch Aktiven, die sich trotz knapper Zeit auf mich und meine Forschung eingelassen haben. Für die finanzielle und ideelle Unterstützung bin ich dem Graduate Center for the Studies of Culture (GCSC) der Justus-Liebig-Universität Gießen zu Dank verpflichtet.

Zuvorderst gilt mein herzlichster Dank meinem Erstbetreuer Prof. Dr. Andreas Langenohl, insbesondere für die geduldige Beratung in Momenten des Zögerns und Stillstands sowie für das gründliche inhaltliche Feedback zu den verschiedenen Manuskriptfassungen. Ich bin meiner Zweitbetreuerin Prof. Dr. Encarnación Gutiérrez-Rodríguez ganz besonders dankbar für die kritisch-konstruktiven Anstöße zur Überarbeitung des Manuskripts. Diese trafen stets den Kern meiner Arbeit, wodurch deren Ausrichtung weiter geschärft werden konnte. Dr. Andrej Holm hat mich von Beginn an mit Rat und Tat in der Vorbereitung und Durchführung der Forschungsarbeit unterstützt und auch das finale Manuskript kommentiert. Für diese informelle Drittbetreuung gilt ihm mein uneingeschränkter Dank. Prof. Dr. Margit Mayer hat sich immer wieder Zeit für mich genommen und mir ganz besonders in der Endphase einen Weg zum pragmatischen Abschluss der Arbeit aufgezeigt.

Ohne meine Familie und meine engsten Freund*innen wäre die Arbeit niemals vorstellbar und auch nicht zu bewältigen gewesen. Meiner Partnerin Anika Michaelis kann ich gar nicht genug danken für ihre Geduld, ihr Verständnis und ihre Fürsorge in all den entbehrlichen Monaten der egozentrischen Schreibphase. Ohne diese Rücksichtnahme und emotionale Unterstützung wäre ich nicht in der Lage gewe-

sen diese Arbeit zu schreiben. Meiner Tochter Levke Michaelis danke ich für die wunderbaren Lichtblicke in den grauen Berliner Wintertagen, in denen die Arbeit fertig geschrieben werden musste. Meinen Eltern Karla und Johannes Scheller danke ich für ihren bedingungslosen Glauben an mich und mein Tun. Dank gilt auch allen anderen in meiner Familie, die sich immer wieder den Arbeitsstand und Gründe für das Verschieben der nächsten Deadline anhören mussten.

Dr. Stefan Friedrich danke ich für sein erbarmungslos konstruktives Zerreißen und Wiederausammensetzen des Forschungsdesigns zu allen Zeiten der Arbeit. Dr. Judith Vey danke ich für ihre kompromisslose poststrukturalistische Perspektive auf soziale Bewegungen und entsprechend zielführende Anmerkungen zum Manuskript. Dr. Kristin Nikolaus, Maria Busse und Dr. Stefan Engel habe ich vor allem für fortwährende Ermutigungen zum Durchhalten zu danken. Ein ganz besonders dickes Dankeschön gilt Zoey Laskaris, die mich mit ihrem untrüglichen Sinn mit den richtigen Leuten in Brooklyn bekannt gemacht und mir damit das Ankommen und einen Start im Forschungsfeld ermöglicht hat. Dr. Susann Huschke und Ulrike Schulz danke ich darüber hinaus für das gründliche Korrektorat.

Für unendlich viele inspirierende Diskussionen und Feedback zu einzelnen Kapitelfassungen rund um das Forschungsprojekt möchte ich ganz besonders meinen großartigen Freund*innen und Kolleg*innen danken, insbesondere Nina Fraeser, Susan Schröder, Dr. Lisa Vollmer, Ben Kerste, Ebbe Volquardsen, Dr. Laura Naegler, Marcel Wrzesinski, Dr. Veronika Zink und Dr. Daniel Mullis. Sie haben mir gezeigt, dass eine solidarische Wissensproduktion in der neoliberalisierten Hochschule möglich ist. Raul Gschrey und Vera Kartschewski sowie Gisela von Wallersbrunn möchte ich zudem dafür danken, dass ich mich in Hessen zu Hause fühlen durfte. Für ein akademisches Zuhause während der Zeit in New York, sowie für jede Menge inhaltlicher Impulse für das Forschungsprojekt gilt Dr. Mary Taylor, Prof. Dr. Peter Marcuse, Prof. Dr. Joseph Heathcott, Prof. Dr. Robert von Mahs, Prof. Dr. David Harvey, Prof. Dr. John Mollenkopf und Prof. Dr. Don Mitchell mein Dank. Besonders Brian McCarthy, Dr. Zoltán Glück und Dr. Manissa McCleave Maharawal bin ich dankbar für ein politisches Heimischfühlen in New York.

Prof. Dr. Håkan Thörn und Dr. Cathrin Washhede sowie Prof. Dr. Stefan Thomas gilt in erster Linie mein Dank für weitere Einblicke in eine kritische Forschungspraxis und für eine finanzielle Basis zum Abschluss meiner Promotion. Dr. Doris Bachmann-Medick, Prof. Dr. Hubertus Büschel und Dr. Hendrik Lebuhn danke ich für die punktuelle unterstützende Auseinandersetzung mit meinem Forschungsprojekt in verschiedenen Workshops und Arbeitsgruppen. Prof. Dr. Helgard Kramer und Dr. Rolf-Dieter Hepp für ihre Empfehlungsschreiben als Starthilfe, die mir mein Stipendium ermöglicht haben. Für eine institutionelle Infrastruktur und einen Arbeitsplatz während der Feldphasen danke ich dem Center for Metropolitan

Studies (CMS) der TU Berlin sowie dem Center for Place, Culture and Politics (CPCP) der City University of New York. Für ein wohlwollendes konstruktives Feedback habe ich dem AK Stadt/Raum des Instituts für Protest und Bewegungsforschung in Berlin, dem Kolloquium FB03 an der Justus-Liebig-Universität Gießen (2012–2015), der Resistance Study Group an der Universität Göteborg zu danken. Und nicht zuletzt danke ich auch der Dissertations-Bürogemeinschaft in der Stockholmer Straße für ein produktives und solidarisches Schreibumfeld.

Berlin, Oktober 2019

1 Einleitung

Berlin und New York¹ sind in aller Munde. Als Weltstädte und kulturelle Hotspots ziehen sie Menschen aus aller Welt an, dort zu leben. Als Anlagemöglichkeit für Investitionen sind insbesondere lokale Immobilien zu rentablen Spekulationsobjekten auf dem globalen Markt geworden. Was für New York schon seit längerem gilt, steht Berlin nun auch unmittelbar bevor. In der einstmals „günstigsten Hauptstadt der Welt“ erreichen Immobilienpreise derzeit Rekordmarken und entsprechend steigen auch die Mietpreise unaufhörlich (vgl. Fabricius, 16.12.2017). Gleichzeitig regt sich Widerstand in beiden Städten gegen diese Entwicklungen, die den gebauten, ökologischen, sozialen Alltag der Stadtbewohner*innen² bestimmen. Protest kehrt in die Mietwohnungen, Ateliers und Clubs sowie auf Straßen, Plätze und in urbane Gärten zurück. Die Stadtbewohner*innen kommen in einer Vielzahl von Initiativen und Netzwerken zusammen und tragen ihren Protest in Demonstrationen, Nachbarschaftsversammlungen, Blockaden von Zwangsräumungen, Besetzungen und Referenden nach außen. Sie protestieren gegen den Verkauf von Mietshäusern und gründen Wohnprojekte, um sich gegenseitig abzusichern und füreinander zu sorgen (Schröder/Scheller 2017).

Dabei wird der Eindruck erweckt, dass seit einigen Jahren – verstärkt seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 – besonders in den Metropolen weltweit nicht nur die Widersprüche derzeitigen kapitalistischen Wirtschaftens offen zu Tage treten, sondern auch deren Alternativen zusehends erstarken (vgl. Badiou 2012b). Ge-

-
- 1 Im weiteren Verlauf des Textes verwende ich der Lesbarkeit halber die Kurzform ‚New York‘ für ‚New York City‘. Gemeint ist damit immer die Stadt und nicht der Bundesstaat, es sei denn diese Konkretisierung wird mit angeführt.
 - 2 Ich verwende im Folgenden anstelle des generischen Maskulinums ein Sternchen zur Kenntlichmachung des Gender Gaps, um einer kognitiven Überbewertung, die in der Verwendung der männlichen Form mitschwingt, zu entgehen (vgl. Irmen/Steiger 2005). Stattdessen sollen mit dem Sternchen alle Geschlechter, also sowohl weibliche, transgener, intergener, queere als auch cis-Positionen sichtbar gemacht werden.

sellschaftliche Widersprüche, die sich in der Produktion und Krise der postfordistischen Stadt selbst mehr denn je zeigen, bilden den fruchtbaren Boden für zahlreiche Protestassoziationen. Eine wachsende Zahl von Menschen erfahren politische Entscheidungen einerseits als Prekarisierung ihrer individuellen Lebenssituationen (vgl. Marchart 2013b) und andererseits als direkten Ausschluss von der Entscheidungsfindung (vgl. Thörn et al. 2016). Diese Entwicklungen bilden den konkreten Erfahrungshorizont der Betroffenen, sowohl für reale stadtentwicklungspolitische Konsequenzen, die sich beispielsweise in Form von steigenden Mieten und Verdrängung aus ihrem gewohnten Wohnumfeld manifestieren, als auch für jene politischen Strukturen und Verfahren, die diesen Entscheidungen zugrunde liegen.

In der Art und Weise, wie Städte heute gesehen und beschrieben werden, spiegelt sich das unaufhörliche Wechselspiel der symbolischen und materiellen Produktion. Seit dem proklamierten „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) lautet das politische Credo unverändert ‚ökonomisches Wachstum und liberaldemokratische Grundordnung sorgen für gesellschaftlichen Zusammenhalt‘. Die initiale Eruption der hegemonialen Ordnung vollzog sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008. Mit groß angelegten Rettungsaktionen für Banken und unter dem steten Druck sozialer Bewegungen verloren die großen Erzählungen des einst übermächtigen neoliberalen Diktums der ‚Selbstregulierung‘ des freien Marktes deutlich an Überzeugungskraft. Die Legitimationskrise des Neoliberalismus verbindet sich in den letzten Jahren deutlich mit der Krise der repräsentativen Demokratie (vgl. Agamben et al. 2012, Brown 2015, Crouch 2004, Lammert/Vormann 2017, Purcell 2013b). Die Mehrfachkrise hat auch den Blick auf den paradigmatischen Kern neoliberaler Stadtentwicklung freigelegt, wonach die sogenannten ‚sozialen Nebenkosten‘ unberücksichtigt bleiben sowie soziale und politische Verantwortung der Institutionen selbst im Angesicht der Krise negiert wird.

Darin liegt gerade der soziale Zündstoff für ein sich ausbreitendes Empören und Aufbegehren gegen diese Produktionsweisen der sogenannten depolitisierten Stadt (vgl. Roskamm/Michel 2013, Mullis/Schipper 2013, Swyngedouw 2013). Die hegemoniale Logik der unternehmerischen, kreativen Stadt und das oft angeführte dazugehörige Versprechen, dass ‚alle es schaffen können, wenn sie sich nur bemühen‘ impliziert bereits ihre ureigenste Sollbruchstelle. Die Stadt erscheint wie ein Brennglas, in dem sich die Widersprüche und Ambivalenzen eines sich global hegemonialisierenden neoliberal-postdemokratischen Konsenses (vgl. Rancière 1996) zeigen lassen. Alltägliche politische Auseinandersetzungen und Proteste spiegeln jedoch nicht nur diese gesellschaftlichen sozialökonomischen Widersprüche wider, sondern weisen auch über diese hinausgehend schon auf alternative Praxisformen und Strukturen jenseits aktueller liberaldemokratischer Entscheidungsfindung und einhergehender städtischer Raumproduktionen hin. Regina Kreide beschreibt in „Die verdrängte Demokratie“ (2016), wie Demokratie nicht mehr selbstverständlich

ist und sich sowohl eine Kluft und Entfremdung gegenüber intakt scheinenden demokratischen Institutionen entwickelt als auch demokratietheoretische Konzeptionen vor Herausforderungen gestellt sind. Das „Ende der Demokratie“ (Hofstetter 2016) beschreibt die ultimative hegemoniale Geste der Alternativlosigkeit derzeitiger politischer Figurationen in einer dystopischen Vision digitaler Fremdbestimmtheit. Hingegen ermöglicht insbesondere die These vom „Ende der repräsentativen Demokratie“ (Tormey 2015) die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem konkreten politischen Kontext. Aus einer Kritik des Bestehenden eröffnet sich hierbei ein politischer Möglichkeitsraum für eine „Demokratisierung der Demokratie“ (Offe 2003).

Eine zentrale These dieser Arbeit lautet, dass sich solche Demokratisierungen in der Stadt konzentrieren. In ihren Protestartikulationen benennen und kritisieren städtische soziale Bewegungen den vermeintlichen postpolitischen Konsens liberaldemokratischer Alternativlosigkeit entlang konkret erfahrener Widersprüche. Wie in dieser Arbeit gezeigt wird, ist derzeit eine Tendenz zur Konvergenz in der Demokratisierung kennzeichnend für eine neue Phase städtischer sozialer Bewegungen, die bisherige Periodisierungen verschiedener Phasen der Neoliberalisierung und städtischer Proteste aktualisiert (vgl. Mayer 2011).

An dieser Stelle wird allerdings auch die Brisanz des Gegenstandes ‚Demokratie‘ klar. Im Fokus der vorliegenden Arbeit stehen zwar städtische soziale Bewegungen als *Demokratisierungsbewegungen*. Doch bilden diese Assoziationen einen ganz konkreten Ausschnitt aus dem weiteren Spektrum thematischer Ausrichtungen, die sich im Rahmen der Mehrfachkrise verstärkt zusammenfinden. *Not-in-my-backyard*-Bewegungen (NIMBY)³ und auch rechtsradikale Bewegungen protestieren ebenfalls gegen die Auswirkungen aktueller postpolitischer (Stadt-)Politiken (vgl. Daphie et al. 2015, Heim 2017, Rehberg et al. 2016). Inwiefern Demokratisierung zum entscheidenden Bestimmungs- und Unterscheidungsmerkmal hinsichtlich der Protestinhalte und Forderungen avanciert, ist ebenso Gegenstand dieser Forschungsarbeit. Zwar sind diese Bewegungen nicht explizit Gegenstand der Untersuchung, jedoch wird an verschiedenen Stellen in Auseinandersetzung mit dem empirischen

3 Marcus Menzl (2014: 79f.) weist darauf hin, dass für eine konkrete Bestimmung von NIMBY-Protesten nicht zuvorderst eine normative Perspektive ausschlaggebend sein sollte. Vielmehr sei eine analytisch differenzierende Auseinandersetzung mit den konkreten Protestkontexten und Artikulationen nötig. Praktisch heisst das, den Unterschied zwischen Protesten gegen das erste innerstädtische IKEA-Möbelhaus in Altona und gegen die Eröffnung einer Notunterkunft für Geflüchtete analytisch nachzugehen ist. So könne zwischen einem ‚neuen Partizipationsinteresse‘ und einem ‚zerfallenden Gemeinwesen‘ differenziert werden, nämlich ausgehend vom Verhältnis zwischen partikularen und gemeinwohlorientierten Interessen.

rischen Material die distinktive Relevanz aus Sicht der untersuchten (emanzipatorischen) städtischen sozialen Bewegungen herausgestellt.

Das Forschungsvorhaben widmet sich speziell städtischen sozialen Bewegungen in Berlin und New York, die sich für ein ‚Recht auf Stadt‘ einsetzen. Dieser Protest richtet sich vor allem gegen steigende Wohnraumkosten, Gentrifizierung⁴, Segregation, Luxussanierungen, Zwangsräumungen und bestimmte städtebauliche Projekte und setzt sich gleichzeitig für den Erhalt alternativer, nichtkommerzieller Projekte und Räume sowie für ökologische Belange ein. Dabei wird ersichtlich, dass Kritik vor allem aus einer alltäglichen Praxis im Kontext eben solcher Stadtpolitiken und ihren Akteur*innen erwächst. Die Proteste und ihre Protagonist*innen gewähren Einblick in die politischen und materiellen Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten neoliberalisierender stadtpolitischer Entwicklungen (vgl. Brenner/Theodore 2002, Mayer 2013).

Mit Berlin und New York stehen zwei Städte im Fokus, die einzeln für sich als globale Metropolen historisch, kulturell, ökonomisch und politisch bereits recht gut erforscht worden sind. Auch sind städtische soziale Bewegungen im Kontext kritischer Analysen des neoliberalisierten Kapitalismus zum Gegenstand zahlreicher Untersuchungen geworden (vgl. Brenner/Theodore 2002, Harvey 2005b, Mayer/Künkel 2012, Mayer 2014). Allerdings liegt bisher noch keine komparative Studie zu städtischen sozialen Bewegungen in beiden Städten vor.⁵ Ein entsprechender translokaler empirischer Vergleich⁶ eines weiten Spektrums städtischer sozialer Bewegungen über Mieter*innen hinaus, sowie eine am Punkt der Demokratisierung ansetzende Untersuchung, erscheint für eine Diskussion aktueller Protesttendenzen des Globalen Nordens⁷ und deren konkrete strukturelle Hintergründe als vielversprechend.

4 In dieser Arbeit wird ausschließlich der eingedeutschte Begriff ‚Gentrifizierung‘ verwendet, außer in Zitaten in englischer Sprache.

5 An einer systematischen Gegenüberstellung derzeitiger Mieter*innenbewegungen in Berlin und New York hat Lisa Vollmer gearbeitet (2018). In einem ersten gemeinsamen Aufsatz geben wir einen Überblick über unsere jeweiligen Forschungsergebnisse zur Relevanz von Mieter*innenbewegungen für stadtpolitische Entwicklungen (vgl. Vollmer/Scheller 2018).

6 Hierbei ist allerdings kein Vergleich in einem strengen Sinne gemeint, sondern eine anreichernde, gegenüberstellende Analyse und Diskussion der unterschiedlichen Fallbeispiele der Protestartikulationen beider Städte (vgl. Kap. 4.1.1). Davon ausgehend werden abschließend Fragen nach Unterschieden und Gründen für Unterschiede gefragt und diskutiert, was mögliche Konsequenzen wären (vgl. Kap. 8).

7 In Abgrenzung zu diskriminierenden entwicklungspolitischen Terminologien wird in dieser Arbeit unter dem Begriff ‚Globaler Süden‘ eine „im globalen System benachteiligte

Mit lautwerdenden Forderungen nach basisdemokratischen und selbstermächtigenden Partizipationsformen, so die zentrale These meines Forschungsprojektes, artikulieren stadtpolitische Initiativen den Anspruch sich jenseits ihrer partikularen Interessen für die allgemeine Reformulierung liberaldemokratischer Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse einzusetzen. Auseinandersetzungen um die Zugänglichkeit und Verteilung städtischen Raums fallen zusammen mit Artikulationen zur Rekonfiguration politischer Entscheidungsprozesse auf lokaler und staatlicher Ebene. Stadtpolitische Proteste können demzufolge als spezifische Symptome einer „Krise der repräsentativen Demokratie“ (Crouch 2004, Rancière 2014) und damit als eine konkrete empirische Basis für die Analyse von Dynamiken derzeitiger politischer Aushandlungs- und Transformationsprozesse verstanden werden. Unter diesem Aspekt können sie als in ihrer Ausprägung als Demokratisierungsbewegungen untersucht werden (vgl. Marchart 2013b: 219).

Einerseits konzentriert sich die einschlägige Forschung zu städtischen sozialen Bewegungen besonders auf die Heterogenität der Initiativen und deren Akteur*innen. Das Hauptinteresse liegt hierbei auf der Frage unter welchen Umständen sich breite Netzwerke herausbilden um wirkungsvoll auf die Stadtpolitiken einwirken zu können (vgl. Brenner et al. 2012). Das „Recht auf Stadt“ (Lefebvre 2016) ist in diesem Zusammenhang zu einem zentralen Slogan, zu einer Forderung, aber auch zu einem Organisationsansatz geworden (vgl. Holm/Gebhardt 2011). Andererseits fokussiert die Forschung zu Demokratisierungsbewegungen und Austeritätsprotesten in den letzten Jahren zunehmend auf die Besetzung öffentlicher Plätze, sozusagen vom Tahir Platz über Zuccotti Park bis Gezi Park (vgl. Graeber 2013, Sitrin/Azzellini 2014). Dabei werden besonders die alltäglichen radikal-demokratischen Praktiken unter dem Aspekt präfigurativer Politik hervorgehoben, also als bereits gelebte Alternativen beispielsweise in horizontal ausgerichteten Entscheidungsfindungen in großen horizontal ausgerichteten Versammlungen (*assemblies*) (vgl. Sitrin 2012).

Die vorliegende Forschung verbindet diese beiden Forschungsfelder zu städtischen sozialen Bewegungen und Demokratie- und Austeritätsforschung. Sie widmet sich konkret den diskursiven Strukturen des Protests und dabei den spezifischen affektiven Konstitutionsbedingungen städtischer Protestinitiativen. Dabei wird untersucht, wie in spezifischen neoliberalisierten stadtentwicklungspolitischen Kontexten verschiedene Assoziationen und politische Subjektivitäten zustande kommen. Den erkenntnistheoretischen Ausgangspunkt dafür bildet – in Anlehnung

gesellschaftliche, politische und ökonomische Position“ verstanden und unter ‚Globaler Norden‘ hingegen eine mit Vorteilen bedachte Position, die unterschiedliche Erfahrung mit Kolonialismus und Ausbeutung berücksichtigt und nicht geographisch gedacht ist (vgl. glocal e.V. 2013: 8).

an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1985) – die These, dass einzelne Protestinitiativen selbst keineswegs als stabile funktionalistische, politische Organisationen zu verstehen sind, sondern in erster Linie relativ fragile Assoziationen darstellen, die sich kontinuierlich in kollektiven Artikulationsprozessen konstituieren und temporär stabilisieren. Ein Zustandekommen breiter Bündnisse unterschiedlicher Interessenlagen in der neoliberalen Stadt ist aus hegemonietheoretischer Sicht als ein langwieriger diskontinuierlicher Prozess zu verstehen. Die Protestartikulationen selbst rücken hierbei explizit ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Als diskursive Aggregationen verschiedener Mangerlerfahrungen können sie über die Formulierung konkreter inhaltlicher Knotenpunkte Verbindungen zwischen verschiedenen Themenfeldern ermöglichen und verunmöglichen.

Erst eine postfundamentalistische Perspektive, die den Doppelcharakter des Politikbegriffs und dessen immanente Differenz von ‚der Politik‘ und ‚dem Politischen‘ (vgl. Marchart 2010: 245, Mullis 2017: 32f.) erfassbar macht, ermöglicht auch eine kritische Reflexion der eigenen forschungsleitenden ontologischen Prämissen. Einerseits beschreibt Politik die ontische Ebene der politischen Praxis. Andererseits gerät mit dem Politischen die ontologische Ebene und damit das grundlegende Fundament dieser Politiken in den Blick. Das, was das Politische ausmacht und was als politisch artikuliert wird, wird damit explizit gemacht. Diese Differenzierung konkretisiert die metaanalytischen Parameter der Diskussion über die radikaldemokratischen oder auch antidemokratischen Protestartikulationen städtischer sozialer Bewegungen als Brüche in der hegemonialen Ordnung gesellschaftlicher Wirklichkeit, die politische Alternativen aufzeigen.

Ein entsprechend ausgerichtetes Forschungsprojekt, das sich dem konkreten inhaltlichen Zustandekommen von städtischen sozialen Bewegungen in Berlin und New York unter dem Aspekt der Demokratisierung widmet, beginnt mit einer intensiven Auseinandersetzung mit dem derzeitigen Forschungsstand. Dementsprechend beschreibt Kapitel 2 das Forschungsfeld städtischer sozialer Bewegungen. Es umreißt zunächst einen theoretischen Bezugsrahmen der kritischen Stadt- und Bewegungsforschung, an den ich mit der vorliegenden Forschung anschließen möchte. Aus der Breite der Forschungsbeiträge wird die Diskussion inhaltlich auf politökonomische Neoliberalisierungen und Postdemokratie enggeführt. Dabei wird einerseits der theoretische Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit skizziert und andererseits werden konkrete theoretische Anschlussstellen herausgearbeitet. Es wird speziell auf den Zusammenhang von stadtpolitischen Neoliberalisierungsprozessen und verschiedenen erkenntnistheoretischen Perspektiven auf die ‚Krise repräsentativer Demokratie‘ eingegangen. Über die thematische Anbindung von entsprechenden Postdemokratiekonzeptionen an Perspektiven einer kritischen Stadtforschung werden städtische Protestbewegungen (re-)kontextualisiert. Schrittweise werden die grundsätzlichen Gegenstände des Forschungsprojekts erläutert und eine einleitende

Klärung davon vorgenommen, wie Stadt, Urbanität und soziale Bewegungen in der Arbeit verstanden werden (Kap. 2.1). Gesondert wird danach dem Recht *auf* und *durch* die Stadt in seinen unterschiedlichen Bedeutungen und Auslegungen in der Forschung nachgegangen (Kap. 2.2). Anschließend werden zwei verschiedene Stränge in der Beschreibung von Protestursachen städtischer sozialer Bewegungen diskutiert, die einerseits die ‚Krise der Ökonomie‘ (Kap. 2.3) und andererseits die ‚Krise der Demokratie‘ (Kap. 2.4) zentral setzen. Jenseits deterministischer Präferenzen wird schlussendlich vorgeschlagen städtische soziale Bewegungen als Demokratisierungsbewegungen zu untersuchen (Kap. 2.5).

Kapitel 3 stellt einen erkenntnistheoretischen Zugang zu einer postfundamentalistischen⁸ Forschungsperspektive vor, der präterminierende Prämissen in der Konzeptionalisierung von städtischen Protestbewegungen zu vermeiden sucht. Hierbei wird zunächst Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes diskurstheoretische Hegemonietheorie (1985) in ihren einzelnen Kategorien rekonstruiert und am Ende der jeweiligen Unterkapitel werden erkenntnistheoretische Prämissen für eine postfundamentalistische Forschungsperspektive auf städtische soziale Bewegungen formuliert (Kap. 3.1). In einem weiteren Schritt (Kap. 3.2) wird ein entsprechendes methodologisches Analysewerkzeug für die diskurstheoretische Analyse der Protestartikulationen und Protestformen in unterschiedlichen kategorialen Analysedimensionen operationalisiert – als (a) Gegenhegemonie, als (b) Diskursfunktionsanalyse und als (c) politische Möglichkeitsräume. Die hegemonietheoretische Forschungsperspektive wird durch Henri Lefebvres Überlegungen zur ‚Produktion des Raumes‘ erweitert, was wiederum einen dreidimensionalen Bezugsrahmen für die Analyse eröffnet.⁹ Die erkenntnistheoretischen und methodologischen Vorüberlegungen dieser beiden Kapitel bilden das Fundament für die empirische Analyse, als Momentaufnahme eines kleinen Ausschnitts der derzeitigen gesellschaftlichen Debatte zur Antizipation radikaldemokratischer Entscheidungsstrukturen in städtischen Protestbewegungen.

Kapitel 4 rekonstruiert die zum Einsatz gekommenen empirischen Forschungsmethoden. Dabei wird auf grundsätzliche, eher technische Fragen eingegangen, wie die Auswahl der empirischen Fälle, der Untersuchungszeitraum, der Städtever-

8 Eine postfundamentalistische Perspektive zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie Letztbegründungen und vermeintliche Objektivität von erkenntnistheoretischen Epistemen kritisch hinterfragt, in ihrer Konstitution dekonstruiert und damit eine fortlaufende Selbstreflexion der Grundlagen der eigenen Heuristik ermöglicht (vgl. eingehend dazu Kap. 3.1).

9 Marc Purcell (2013a) und Daniel Mullis (2017) verfolgen einen ähnlichen Ansatz, konzentrieren sich jedoch hauptsächlich in der Analyse und Diskussion des empirischen Materials auf Lefebvres Überlegungen zum ‚Recht auf Stadt‘ und ‚Autogestion‘.

gleich und die konkrete Fallauswahl der Initiativen und Netzwerke in beiden Städten (Kap. 4.1). Es schließt sich daran die forschungsethische und -praktische Reflexion hinsichtlich der kritischen Aspekte einer Selbst- und Fremdwahrnehmung des Forschers¹⁰, bewegten Forschens sowie solidarischer Wissensproduktion (Kap. 4.2). Den Abschluss bildet eine Rekonstruktion der empirischen Erhebung und der analytischen Aufarbeitung des empirischen Materials, also der Erhebungsphase und der konkreten Analyseschritte einer Diskursfunktionsanalyse nach Marchart (2013b) (Kap. 4.3).

Die darauffolgenden Kapitel widmen sich der Darstellung der Forschungsergebnisse, also der konkreten Deskription der Fälle, sowie der Analyse und Auswertung des empirischen Materials. Kapitel 5 beschreibt Diskurse und Spannungsfelder sowie konkrete Assoziationen und Netzwerkbildungen in verschiedenen Protestfeldern. Dabei soll ein möglichst breites Spektrum an Protestbewegungen aufgezeigt werden. Die Heterogenität der Proteste in beiden Städten soll explizit nicht einander gegenübergestellt werden, sondern nebeneinander verlaufen. So entsteht ein angereichertes Bild städtischer sozialer Proteststrukturen, bei dem zwar lokalen Besonderheiten mitgedacht werden, aber die Gemeinsamkeiten im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Für Berlin stehen Mietenproteste (Kap. 5.1), Proteste um Stadtplanung (Kap. 5.2), Proteste von Kunst- und Kulturschaffenden (Kap. 5.3) und Refugeeproteste¹¹ (Kap. 5.4) im Fokus, und für New York heterogene Protestaktionen, Räume und Netzwerke nach *Occupy Wall Street* (Kap. 5.5) sowie ebenso Mietenproteste (Kap. 5.6).

Kapitel 6 erläutert die Ergebnisse der Diskursfunktionsanalyse entlang dreier Ebenen: (a) postautonomer Forderungsstrukturen (Kap. 6.1), (b) postidentitärer Subjektivierungsstrukturen (Kap. 6.2) sowie (c) postpolitischer Kontraritätsstrukturen (Kap. 6.3). Diese drei Ebenen sind im Rahmen der urbanen Protestartikulationen in beiden Städten auszumachen und liegen quer zu den unterschiedlichen Protestfeldern. Sie beschreiben die konkreten Modi der Assoziation der Protestartikulationen und markieren gleichsam eine neue Phase städtischer Proteste, die eingehender im sich anschließenden Kapitel diskutiert wird.

10 Ich beschreibe mich selbst als weißer heterosexueller cis-Mann mit akademischem Hintergrund und verwende daher die männliche Form ‚Forscher‘.

11 Die Begriffe ‚Refugees‘ und ‚Geflüchtete‘ werden in dieser Arbeit synonym verwendet, während auf den Begriff ‚Flüchtling‘ aufgrund seiner potenziellen negativen sprachlichen Konnotation durch die Verwendung des Diminutiv und der Verunmöglichung eines gendersensiblen Gebrauchs verzichtet wird (vgl. Pro Asyl, 01.06.2016). Ich verwende die Begriffe auch, weil sie die gängigen Begriffe in der Selbstorganisation und Repräsentation der Geflüchteten sind.

Kapitel 7 widmet sich aufbauend auf die vorangegangenen beiden empirischen Kapitel den Konvergenzen und Demokratisierungen, die ausgehend vom erhobenen empirischen Material in städtischen sozialen Bewegungen in Berlin und New York auszumachen sind. Dabei wird herausgearbeitet inwiefern sich Konvergenzen über die Konstitution eines (gemeinsamen) stadtpolitischen Raumes und gegen hegemonale Praxen vollziehen (Kap. 7.1). Darüber hinaus werden anschließend entlang dreier – unterschiedlicher, jedoch unauflöslich miteinander verwobener – Ebenen von politischen Möglichkeitsräumen verschiedene Aspekte der Demokratisierung beschrieben (Kap. 7.2). Zusammenfassend wird daraus der Befund einer neuen Phase städtischen Protests vorgestellt, der sich im Idealtypus von *Demokratisierung-durch-die-Stadt-Bewegungen* manifestiert (Kap. 7.3). Dieser Befund fungiert als Aktualisierung und Konkretisierung der bisherigen Periodisierungen (vgl. Mayer 2011, Keil 2009) und Beschreibungen städtischer sozialer Bewegungen, die zuletzt als „Recht-durch-die-Stadt-Bewegungen“ beschrieben worden sind (vgl. Nicholls/Vermeulen 2012, Lebuhn 2014).

In Kapitel 8 wird abschließend aus Sicht der Forschungsergebnisse die Forschungsperspektive dieser Arbeit in ihrer erkenntnistheoretischen, methodischen und politischen Relevanz konfrontiert. Insbesondere für Konzeptionalisierungen (städtischer) sozialer Bewegungen und die empirische Demokratieforschung versprechen die Analyseergebnisse aufschlussreiche Anhaltspunkte zur Diskussion und Schärfung grundsätzlicher erkenntnistheoretischer Prämissen. Zu guter Letzt wird die politische Relevanz einer notwendigen kategorischen Unterscheidung zwischen *Demokratie* und *Demokratisierung* herausgestellt. Gerade in den Auseinandersetzungen um die ‚Zukunft der Demokratie‘ verdeutlicht sich die Dringlichkeit einer entsprechenden analytisch fundierten Distinktion. Erst mit analytischem Abstand wird eine feingliedrige Unterscheidung zwischen emanzipatorischen und antidemokratischen Positionen möglich, die nicht auf normativer Ebene ihren eigentlichen Ausgangs- und Zielpunkt bereits setzt.